

Bericht von der letzten Gemeinderatssitzung

Die letzte Gemeinderatssitzung fand statt am Montag, 6. Juli 2020 im kleinen Saal im Konzerthaus. Nach der Bürgerfrageviertelstunde, in der keine Fragen an die Verwaltung gerichtet wurden, eröffnete Bürgermeister Dr. Maier die Sitzung mit einer Ehrung eines langjährigen Stadtrates. Clemens Henn, Stadtrat der CDU-Fraktion, ist seit dem Jahr 1980 Mitglied des Gemeinderats Trossingen und das durchweg mit guten und sehr guten Wahlergebnissen. Eine so lange Mitgliedschaft im Gemeinderat ist sehr selten und zeigt, wie Bürgermeister Dr. Maier betonte, dass Clemens Henn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt genießt. Das Amt eines Gemeinderats sei, so Bürgermeister Dr. Maier, eines der am meisten vakanten ehrenamtlichen Tätigkeiten, die es gäbe. Sehr häufig werde man aus der Bevölkerung mit Kritik konfrontiert, Dank sei äußerst selten. Dennoch sei Herr Henn seit 40 Jahren bereit, seine Zeit für die Gemeinschaft und die Menschen unserer Stadt zur Verfügung zu stellen. So erfordern die regelmäßigen Gemeinderatssitzungen, und auch die notwendige Vorbereitung darauf, ein ordentliches Maß an Zeit. Auch der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern zu kommunalpolitischen Themen, der das ganze Jahr über stattfindet, sei sehr energieintensiv und nicht immer ganz einfach. Zudem engagiere sich Clemens Henn nun seit 30 Jahren auch als Fraktionssprecher der CDU, was nochmals ein erhebliches Maß mehr an Verantwortung mit sich bringe. Clemens Henn habe sein Ehrenamt zur Lebensaufgabe gemacht und das verdiene größten Respekt. Er dankte ihm für die 40-jährige Mitarbeit im Gemeinderat und überreichte ihm als Auszeichen des Gemeindetags Baden-Württemberg eine Stehle mit entsprechender Urkunde und einer Ehrennadel.

Clemens Henn selbst erinnerte in einigen Worten an den Gemeinderat an die 40 Jahre, die er immer als konstruktives und angenehmes Miteinander mit den Kollegen des Gemeinderats erlebt habe. So könne er sagen, ein Rückblick mit allen drei Bürgermeistern, mit denen er in diesen 40 Jahren zu tun gehabt habe, immer gut zusammen gearbeitet zu haben. Er erinnerte daran, dass vor 40 Jahren die Stadt 11.000 Einwohner gehabt habe, heute habe sie 17.000 Einwohner und damit rund 6.000 Einwohner mehr. Der entsprechende Bevölkerungszuwachs sei immer verträglich integriert worden. Im Vorgriff der nun zu beratenden Tagesordnung führte er aus, dass dieses Bevölkerungswachstum sich in ähnlicher Weise in den Planungen des neuen Flächennutzungsplanes widerspiegle. Er bedankte sich insbesondere bei den Wählerinnen und Wählern für diese 40 Jahre für ihr Vertrauen.

Sodann wurde folgende Tagesordnung beraten:

1. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2020 bis 2035 – Fortsetzung der Vorbereitungen

In der letzten Gemeinderatssitzung war aus den Reihen des Gemeinderats geäußert worden, dass die im bisherigen Entwurf enthaltene Fläche für die Gesamtausweisung für die Zukunft zu groß geraten sei. Hieran anknüpfend erinnerte Bürgermeister Dr. Maier daran, dass die jetzigen im Plan befindlichen Flächen noch nicht das Ergebnis der Beratung darstellten. Vielmehr könne erst dann sinnvoll über eine Streichung von Flächen beraten werden, wenn im Zuge der nun anstehenden Anhörungsrunden von Behörden und der Öffentlichkeit klar sei, welche Einwendungen und Bedenken von anderer Seite bei bestimmten Flächen eingingen und wie diese dann zu bewerten seien. Erst auf dieser Basis könne sinnvoll ausgewählt werden, welche Flächen letztendlich im neuen Flächennutzungsplan eingeplant bleiben sollten. Aus diesem Grund sei er nach wie vor der Ansicht, dass es besser sei, jetzt etwas großzügiger in die Anhörungsverfahren zu gehen und erst am Ende des Verfahrens auszuwählen, welches geeignete Flächen für eine Weiterentwicklung unserer Stadt seien. Dass die Belange der Landwirtschaft berücksichtigt werden müssten, sei selbstverständlich. Allerdings sei es auf der anderen Seite auch so, dass bei der Stadt aktuell eine Warteliste von rund 400 Familien vorliege, die einen Bauplatz kaufen möchten, um dort zu bauen. Auch diese Interessenslage könne nicht völlig außer

Betracht bleiben. Für die weitere Entwicklung von Trossingen sei es wichtig, auch in der Zukunft jungen Familien Bauland zur Verfügung stellen zu können. Nur so könne demografisch sichergestellt werden, dass auch in der Zukunft junge Familien in Trossingen ansässig würden. Dies sei erforderlich, um die Zukunft unserer Stadt zu sichern. Auch werde dies von Arbeitgebern für ihre Fachkräfte erwartet. Wie dann tatsächlich das konkrete Wachstum der Stadt sein werde, könne heute noch niemand seriös sagen. Dies hänge sehr stark davon ab, wie sich die Wirtschaftslage entwickle. So sei beispielsweise in der Folge der Finanzkrise 2008/2009 der Wohnungsbau fast völlig zum Erliegen gekommen, 10 Jahre später, zu wirtschaftlich wirklich guten Zeiten, habe dies völlig anders ausgesehen. Nun sei abzuwarten, wie sich der Wohnungsbau und der Bedarf an Bauflächen nach der Corona-Krise entwickeln werde. Der Verkauf von Bauplätzen sei stark davon abhängig, dass Menschen sichere Arbeitsplätze hätten und gut verdienen würden. Sei dies nicht der Fall, werde automatisch weniger gebaut. Der Gemeinderat habe hier die Pflicht, auf dieses Bedürfnis aus der Bevölkerung heraus auch zu reagieren und Bauflächen auszuweisen und anzubieten. Bei den Bauinteressenten handle es sich nämlich überwiegend um junge Menschen, die aus Trossingen selbst stammten und hierbleiben möchten, oder die hier Arbeit gefunden hätten und sich hier niederlassen möchten. Dass dies nicht immer mit den Interessen der Landwirte übereinstimme, sei bekannt, allerdings auch nur schwer zu vermeiden. Es müsse den Landwirten auf jeden Fall signalisiert werden, dass es nicht davon abhängt, wo ein Baugebiet entstehe, dass es nur einen einzelnen Landwirt betreffen würde, sondern dass hier ein Ausgleich über alle hinweg stattfinde, um niemanden über Gebühr zu belasten. Dies könne über die stadteigenen Pachtflächen geschehen, die entsprechend an die Landwirte vergeben und umverteilt werden könnten. Aus dem Gemeinderat wurde sodann der Antrag gestellt, aktuell die Beratung zu unterbrechen und zuerst den Dialog mit den Bürgern zu suchen. Erst danach solle weiter über den Flächennutzungsplan beraten werden. Dieser Antrag wurde nach Aussprache im Gemeinderat mit einer klaren Mehrheit abgelehnt und damit der Wunsch geäußert, das Verfahren so wie geplant fortzusetzen. Sodann beschloss der Gemeinderat mit einer sehr deutlichen Mehrheit, wie von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen, mit einer etwas größeren Flächenbevorratung in das anstehende FNP-Verfahren zu starten, gleichzeitig aber auch ein Ziel festzuschreiben, was am Ende des Verfahrens an neuen Netto-Wohnbauflächen eingeplant werden solle, und am Ende des Verfahrens dann im Rahmen der Abwägung auf die darüber hinaus gehenden Flächen zu verzichten. Auch wurde beschlossen, den Planungszeitraum von 2035 auf 2040 um fünf Jahre zu verlängern. Insgesamt wird nun das Verfahren mit einer Netto-Wohnbaufläche von 40,6 ha, einer Mischgebietsfläche von 14,7 ha und einer neuen Gewerbefläche von 14,8 ha begonnen, gleichzeitig soll am Ende des Verfahrens eine Wohnbaufläche von maximal 35 ha im Flächennutzungsplan beschlossen werden. Nun folgt als nächstes ein Aufstellungsbeschluss des Flächennutzungsplanes im Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft, sodann wird in zwei aufeinander folgenden Anhörungsrunden die Meinung zur vorgelegten Planung von zahlreichen Behörden sowie der Öffentlichkeit eingeholt. Abschließend beschäftigt sich der Gemeinderat wiederum mit den eingegangenen Stellungnahmen und kann entsprechende Flächenkürzungen vornehmen.

2. Schließung der Kinderbetreuungseinrichtung aufgrund der Ausbreitung des Corona-Virus

Der Gemeinderat beschloss, auch im Juni noch für die Kinder, die keine Notbetreuung und keinen Platz im Kindergarten belegt hatten, auf die Erhebung der Elternbeiträge zu verzichten. Im Juli soll sodann wieder, nachdem alle Kindergärten wieder geöffnet sind, regulär verfahren und die Elternbeiträge erhoben werden.

3. Biodiversität – Projekt der Stadt

Seit einiger Zeit beschäftigt sich der Gemeinderat intensiv mit einer Stärkung der Artenvielfalt auf unserer Gemarkung. Hierzu wurden nun von Seiten der Verwaltung Vorschläge vorgelegt, wie auf öffentlichen Grünflächen innerhalb der Stadt eine Verbesserung der Artenvielfalt erreicht werden kann. Der Leiter des städtischen Baubetriebshofs Herr Hils

stellte mehrere Teilflächen vor, die umgestaltet und so aufgewertet werden könnten. Dies sind beispielsweise die Flächen neben dem Feuerwehrgebäude, die beiden Kreisverkehre bei Schura in Richtung Tuningen sowie in der Bahnhofstraße oder auch die Grünfläche hinter der Kellenbachschule. Diese Flächen sollen dauerhaft zu Blumenwiesen umgestaltet werden. Noch eine Reihe weiterer Vorschläge vervollständigten ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die in den nächsten Jahren angegangen werden sollen.

4. Gemeinsamer Gutachterausschuss – Sachstand, Gebührensatzung und Personalausstattung

Der Geschäftsführer der Geschäftsstelle des Gemeinsamen Gutachterausschusses, mit weiteren 21 Gemeinden und rund 70.000 Einwohnern, Herr Allgaier berichtete in der Sitzung, dass nach nun mehr gut 1,5 Jahren der Gutachterausschuss seine Arbeit plangemäß durchführe und mittlerweile auch auf diese Erfahrungen zurückgreifen könne. Aus den gemachten Erfahrungen heraus könnten nun die Gebühren für die Erstellung der Gutachten neu kalkuliert werden. Vorgabe ist, dass der Gutachterausschuss im Bereich der Gutachtenerstellung für Privatpersonen kostendeckend arbeite. Der Gemeinderat beschloss, hierfür die Gebühren um durchschnittlich 30 % anzuheben, um den Kostendeckungsgrad zu verbessern. Eigentliche Aufgabe wie die Erstellung der Kaufpreissammlung ist dem gegenüber nicht gebührenfinanziert und wird entsprechend den Einwohnerzahlen auf die beteiligten Gemeinden im Kreis umgelegt. Herr Allgaier berichtete auch, dass sich gezeigt habe, dass für die vielfältigen Aufgaben, die teils mit einem erheblichen Aufwand verbunden sind, das vorhandene Personal nicht ausreiche. Dies zeige auch der Quervergleich mit der Ausstattung anderer Gutachterausschüsse in Baden-Württemberg. Der Gemeinderat beschloss, hierfür eine 0,8 %-Vollzeitstelle zur Verfügung zu stellen.

5. Neubau am Schulzentrum Trossingen – Vergabe von Bauleistungen

Die Arbeiten an der Realschule und am Ganztagsgebäude gehen voran. Der Gemeinderat beschloss, die Bodenbelagsarbeiten im Erweiterungsbau der Realschule an die Firma Karakus aus Viernheim für knapp 80.000 € zu vergeben. Hier soll wie im Bestandsgebäude ein Teppichboden verlegt werden. Die Malerarbeiten am Ganztagsgebäude werden an die Firma Rombach aus Villingen-Schwenningen für rund 105.000 € vergeben.

6. Rainstraße – Vergabe der Bauarbeiten

Nachdem die ursprüngliche Ausschreibung auf Grund eines zu hohen Ausschreibungsergebnisses wieder aufgehoben worden war, konnte die Verwaltung nun das Ergebnis der Neuausschreibung vorlegen. Durch die Neuausschreibung war beim Straßenbau ein 123.000 € günstigeres Ergebnis erzielt worden. Bei den Kanalarbeiten belaufen sich die Einsparungen durch die Neuausschreibung auf rund 87.000 €. Der Leiter des Tiefbauamtes Herr Zepf betonte, dass sich hier zeige, dass sich der Aufwand für die neue Ausschreibung gelohnt habe. Es wurde beschlossen, die Straßenbauarbeiten in der Rainstraße an die Firma Müller aus Zimmern ob Rottweil zu vergeben.

7. Kreuzäckerstraße Schura – überplanmäßige Ausgaben für die Straßenbeleuchtung

Nachdem im Jahr 2017 die Kreuzäckerstraße in Schura ausgebaut worden war, ist erst jetzt die Abrechnung für die Straßenbeleuchtung eingegangen. Aus den Haushaltsresten des damaligen Jahres waren leider keine Mittel in die Folgejahre übertragen worden, sodass die jetzigen Kosten neu veranlagt werden mussten.

8. Bürgschaften der Stadt Trossingen für Darlehen der EnTro GmbH

Der Gemeinderat stimmte der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der EnTro GmbH durch die Stadt Trossingen zu.

9. Bekanntgaben

Der Kämmerer der Stadt Trossingen Herr Henninger berichtete von der aktuellen Finanzsituation der Stadt Trossingen. Demnach ist aktuell festzustellen, dass durch die

Aussetzung der Kindergartengebühren der Stadt ein Defizit von rund 170.000 € entsteht. Aus der Einkommensteuer sei mit einem Minus für das Jahr 2020 von knapp 900.000 € zu rechnen. Für die Umsatzsteuer wird ein Minus von rund 88.000 € erwartet. Auf Grund der Zusage von Bund und Land sollen die Ausfälle der Gewerbesteuer ausgeglichen werden, sodass hier kein Defizit zu erwarten ist. Insgesamt verschlechtert sich das Ergebnis damit für das laufende Jahr um rund 1,15 Mio. €. Dies führt dazu, dass dennoch ein positives Jahresergebnis im Ergebnishaushalt von rund 560.000 € zu erwarten sein wird. Stadtkämmerer Herr Henninger betonte, dass besonders erfreulich sei, dass sich das Ergebnis im Bereich der Gewerbesteuer im Laufe des Monats Juni gegenüber Mai nicht weiter verschlechtert habe. Dies zeige, dass sich die Situation vor Ort stabilisiert habe und hoffentlich auch so bleibe. Insgesamt liege nach seinen Einschätzungen das Aufkommen aus der Gewerbesteuer auch nur wenig unter dem geplanten Jahresergebnis. Weiter berichtete Hauptamtsleiter Herr Sulzmann, dass die TROASE bisher noch nicht von Besuchern überrannt werde. Am besten Tag seien bisher 539 Besucher in der TROASE gewesen. Mittlerweile seien Saisonkarten erlaubt, diese sollen stärker beworben werden. Auch positiv sei, dass die TROASE geöffnet sei und für Gäste aus nah und fern zur Verfügung stehe.

10. Anfragen aus dem Gemeinderat

Auf Nachfrage aus dem Gemeinderat berichtete Bürgermeister Dr. Maier, dass die Stadtwerke mittlerweile eine Untersuchung der Straßenbeleuchtung in Trossingen beauftragt habe. Dabei soll untersucht werden, mit welchen Beleuchtungsmitteln und Winkeln ein optimales Ergebnis mit Blick auf Wirtschaftlichkeit, Zielgerichtetheit und auch Schutz von Insekten in der Straßenbeleuchtung erreicht werden könne. Das Ergebnis soll im Herbst im Gemeinderat vorgestellt werden.

Weiter wurde nachgefragt, wie der Baubetriebshof bei Flickarbeiten an Straßen verfare, wo Schlaglöcher festzustellen seien. Der Leiter des Baubetriebshofs berichtete, dass im Moment nur die gröbsten Schäden repariert würden, und dass in manchen Bereichen großflächig der Straßenbelag bearbeitet werden solle.

Weiter berichtete Bürgermeister Dr. Maier auf Nachfrage, dass er mit dem Schulamt Konstanz in Kontakt sei, was die Lehrerversorgung und die Nachfolge von Schulleitern in Trossingen angehe. Die Versorgung mit Lehrern sei nach wie vor nicht besonders gut, allerdings liege dies nicht an den Bemühungen des Schulamtes Konstanz, sondern daran, dass es schlichtweg zu wenig Lehrer, gerade auch im sonderpädagogischen und Grundschulbereich gäbe. Das Schulamt tue alles, um hier die freien und freiwerdenden Stellen nachzubesetzen, ob dies gelinge, könne aber erst am Ende der Sommerferien bewertet werden. Er tue aber alles, um beim Schulamt die Problematik bewusst zu halten.

Es schloss sich eine **nichtöffentliche** Sitzung an.